

2017-03-21

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

**über die Sitzung des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt am
10.01.2017**

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:05 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Schwabe, Jörg entschuldigt

Fraktion Liberales Bürgerforum/Die Grünen

Busch, Thomas entschuldigt

Öffentliche Tagesordnungspunkte

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, begrüßte und stellte die form- und fristgemäße Einladung bzw. die Beschlussfähigkeit fest. Es waren acht Mitglieder des Ausschusses anwesend.

Die Anwesenheitsliste liegt als Anlage 1 bei.

- 2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, teilte mit, dass der Tagesordnungspunkt 6.2 (7. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Dessau - Weiterentwicklung des zentralen Versorgungsbereichs am Standort des ehemaligen Schlachthofs Dessau-Nord/Billigungs- und Auslegungsbeschluss

Vorlage: BV/470/2016/III-619) als TOP 6.7 behandelt werden solle. Damit ändere sich die Nummerierung der vorhergehenden Tagesordnungspunkte. Der Grund dafür sei, dass zum selben Zeitpunkt der Stadtbezirksbeirat Nord tage und die Beratungsreihenfolge eingehalten werden müsse.

Abstimmungsergebnis:

8 : 0 : 0

Die Tagesordnung wurde ungeändert beschlossen.

3 Genehmigung der Niederschriften vom 22.11.2016 und 13.12.2016

Genehmigung der Niederschrift vom 22.11.2016

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Genehmigung der Niederschrift vom 13.12.2016

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, fragte, ob es Anmerkungen dazu gebe.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, merkte an, dass auf Seite 7 unter dem TOP 5.2.2 Sachstand Kavalierstraße und Umfeld Bauhausmuseum nicht stehe, dass er angeregt habe, die Landtagsabgeordneten mit einzubeziehen und ihnen ein entsprechendes Schreiben zukommen zu lassen. **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, antwortete, dass dies nicht mehr nötig sei, da die entsprechenden Bescheide in der Zwischenzeit zugegangen seien. **Herr Otto** merkte an, dass in diesem Fall keine Änderung der Niederschrift notwendig sei.

Abstimmungsergebnis Genehmigung der Niederschrift vom 22.11.2016: 8 : 0 : 0

Die Niederschrift vom 22.11.2016 wurde ungeändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis Genehmigung der Niederschrift vom 13.12.2016: 8 : 0 : 0

Die Niederschrift vom 13.12.2016 wurde ungeändert beschlossen.

4 Einwohnerfragestunde

Anfragen durch Einwohner wurden nicht eingebracht.

5 Öffentliche Anfragen und Informationen

5.1 Geplante Trassenänderungen überregionaler Radwanderwege, Änderungsanträge für den Elberadweg und den Europaradweg R1 innerhalb der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: IV/077/2016/III-66

Herr Meier, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, teilte mit, dass seine Fraktion eine Anregung einbringen wolle. Es solle geprüft werden, ob die Radwege nicht doch durch oder am Welterbepark „Luisium“ entlang geführt werden könnten. Er bat um eine kurze Stellungnahme seitens der Verwaltung.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, bat **Herrn Link, Sachbearbeiter ÖPNV und Radverkehr des Tiefbauamtes**, dieses Problem zu erläutern. **Herr Link** führte zunächst aus, dass eine Rahmenbedingung für die Fördermittel zur Ertüchtigung von Radwegen ist, dass konkrete Infrastrukturmaßnahmen nur förderfähig sind, wenn diese Trasse sich in einer Klasse 1 oder 2 Route – das nach Landesradverkehrsplan befindet. Der Ertüchtigungsantrag nach der Förderung „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) werde erst geprüft, wenn eine Trassenänderung erfolgt. Dies ist beim Elbradweg der Fall und ermögliche nach Umverlegung Maßnahmen an Elballee und Luisium. Eine weitere Rahmenbedingung sei jedoch, dass durch das Land Sachsen-Anhalt an Deichanlagen, die nicht im Eigentum der Stadt sind, keine Förderung für Radwege vorgenommen werden können. Damit überhaupt ein Trassenänderungsantrag möglich ist, müsse deshalb der Deichweg am „Luisium“, der im Eigentum des Landesbetriebes für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt (LHW) ist, aus dem Antrag entfernt werden. Die Trasse verlaufe nun zunächst über die Kreisstraße in Waldersee und über den Birnbaumweg. Die Verwaltung schaffe so die Handlungsfähigkeit, um einen Trassenänderungsantrag stellen zu können. Es wurde versucht zwischen Förderung und Trassenänderung den größten gemeinsamen Nenner zu finden. Es bestünde davon unabhängig aber die Möglichkeit, weitere Gespräche mit dem LHW zu führen. Der LHW war bei Vorortterminen der Ansicht, dass der Wegezustand für die Belange des LHW ausreichend sei und lehne deswegen einen Ausbau derzeit ab.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, regte an, Herrn Henning, Direktor vom Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt, persönlich einzuladen, um mit ihm über die Einbeziehung des Weltkulturerbes zu sprechen. Eine erste Kontaktaufnahme sei bereits zum Neujahrsempfang möglich gewesen. Bevor dieses nicht geschehe, könne nicht geschrieben werden, dass die Welterbestätte „Luisium“ mit einbezogen wurde. **Herr Link** verwies darauf, dass die Fördermittelbehörde im Prinzip verbiete, dass die Stadt Dessau-Roßlau auf diesen Hochwasseranlagen tätig werde. Der LHW müsse diese Ertüchtigung aus eigenen Stücken übernehmen.

Herr Schönemann, pflichtete Herrn Otto bei, dass sich in diesem Zusammenhang schon viel getan habe. Er sehe keinen Grund, der gegen die Begleitung eines Einbindungsprozesses dieses Baubereiches spräche. Ein entsprechender Arbeitsstand liegt vor und solle das Gespräch mit der Stiftung Dome und Schlösser in Sachsen-Anhalt gesucht werden. Es müsse möglich sein, eine Schnittmenge zwischen der Stiftung, dem LHW und der Stadt zu finden und das Kulturerbe dort einzubinden.

Herr Tschammer, SPD-Fraktion, schlug alternativ den Bau von Fahrradständern am Parkplatz des Luisiums vor, da der Park nur fußläufig zu besichtigen sei. Interessierte könnten durch ein Hinweisschild darauf aufmerksam gemacht werden.

Herr Meier, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, betonte, dass seine Fraktion wünsche, dass der Trassenverlauf über den Wall, welcher entlang des Luisiums verlaufe, geprüft werde.

Herr Otto fragte, warum der Elberadweg von Dessau nach Aken nicht über den Weg direkt an der Elbe verlaufe, obwohl dieser landschaftlich reizvoll sei. Es wäre nur eine neue Ausschilderung erforderlich, da der Weg bereits existiere. **Herr Link** betonte, dass diese Idee nicht im Sinne des Naturschutzes sei. Nur eine ganz einfache Bauweise mit Schottertragschicht sei dort erlaubt. Es dürfe nur eine bindemittellose Bauweise angewendet werden. Ein nachhaltiger Ausbau sei in diesem Bereich entsprechend problematisch. Die damalige Klage des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e. V. zielte darauf ab, dass die Touristenströme nicht direkt durch dieses Schutzgebiet fahren sollten. **Herr Otto** regte an, dass das Gespräch zwischen Verwaltung und dem Verein gesucht werde müsse um eine Einigung zu erzielen. **Herr Link** unterstrich, dass selbst im Verlauf der Hochwasserschadensbeseitigung von 2013 der Weg nur so wieder hergestellt werden durfte, wie er damals genehmigt wurde.

5.2 Informationen des Dezernates für Stadtentwicklung und Umwelt

5.2.1 Sachstand Muldebrücke

Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamtes, informierte darüber, dass der Rohbau planmäßig beendet wurde und die Abdichtungsarbeiten ab 09.01.2017 beginnen sollten. Das Wetter und die Temperaturen müssen dafür aber entsprechend mild/vorteilhaft sein. **Herr Schöнемann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, sagte, dass es aus seiner Sicht schwierig werde den Termin im April einzuhalten. **Herr Pfefferkorn** antwortete, dass andere Baumaßnahmen wie z.B. an den Entwässerungsanlagen auch bei winterlichen Verhältnissen erfolgen könnten. Er habe die Abdichtungsarbeiten genannt, weil diese auf dem kritischen Weg liegen. Bis Ende Januar solle der Baubetrieb die Pläne für den gesicherten Ablauf verbindlich benennen.

5.2.2 Sachstand Kavalierstraße/Umfeldgestaltung Bauhausmuseum

Herr Jähne, Projektsteuerung Bauhausmuseum/Kavalierstraße, informierte, dass sich das Gesamtprojekt im Vergleich zum letzten Jahr positiv entwickelt habe, die Kosten für alle Bereiche des Projektes im Plan seien und gebaut werden könne. Das „Stadtgespräch“ soll am 26.01.2016 in der Marienkirche fortgeführt werden. Bei diesem Gespräch sollen die Planungsergebnisse (Beleuchtung, Gestaltung, Baumfällung und Neupflanzung), der Bauablauf, sowie die Verkehrsführung in der Bauphase vorgestellt und Gespräche mit der Bürgerschaft bzw. dem Bauherrn geführt werden.

Die Präsentation ist als Anlage 2 angefügt.

Die Bauphase 1 mit der Vorbereitung und der Baumfällung wird im Februar 2017 anfangen. Die Bauphase 2 soll im Sommer 2017 beginnen. Für den gesamten Bauzeitraum werde die Straßenbahn nur eingleisig fahren. Die vierte und letzte Bauphase soll bis 30.12.2018 beendet sein. Die Verkehrsfreigabe erfolge demnach am 31.12.2018.

Herr Schöнемann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, fragte, wie die Öffentlichkeitsbeteiligung geplant sei. **Herr Jähne** antwortete, dass am 26.01.2016 eine öffentliche Informationsveranstaltung stattfinde. Im Nachgang sollen die Gewerbetreibenden noch

einmal gesondert für eine Informationsveranstaltung eingeladen werden. In der eigentlichen Bauphase werde es dann auch entsprechende regelmäßige Veranstaltungen geben.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, ergänzte, dass die Verwaltung, die DWG und die Druschke Moden KG vor Weihnachten 2016 bereits einen gemeinsamen Termin hatten, bei dem alles so kommuniziert wurde, dass die Planungen mit- und nicht gegeneinander laufen. Die Stadt werde versuchen während des Projekts alle Fragen und Probleme der Bürger und Gewerbetreibenden zu klären.

Herr Schönemann fragte, wie der Stand des Projekts „Kunst im öffentlichen Raum“ sei. **Frau Schlonski** antwortete, dass eine Kuratorin beauftragt wurde. Sie führe Einzelgespräche mit Beteiligten und werde dann einen Konzeptvorschlag entwickeln, welcher auch öffentlich diskutiert werden soll. **Herr Schönemann** fragte nach, ob der Dessauer Kunstverein eingebunden sei und wie die Teamzusammensetzung sein solle. **Frau Jahn, Leiterin des Amts für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, sagte, dass es bereits erste Gespräche mit Frau Rammelt-Hadelich gegeben habe. Am 24.01.2016 werde ein Gespräch mit der Stiftung Bauhaus stattfinden und mit dem Kunstverein werde es ebenfalls noch eines geben. Nach diesen Terminen werde das Ergebnis dieser Konversationen in den beteiligten Ausschüssen und dem Gestaltungsbeirat vorgelegt und das weitere Vorgehen abgestimmt.

Herr Schönemann fragte, ob in diesem Zusammenhang Module gestellt werden könnten, die in Bezug auf quartiersbezogene Kunst in öffentlichen Raum genutzt werden können. **Frau Jahn** antwortete, dass eine Verallgemeinerung schwierig sei, da Kunstwerke im Zusammenhang mit der Umgebung betrachtet werden müssen.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau verwies darauf, dass bereits im Dezember die Gespräche mit den Akteuren geführt werden sollten. Er betonte, dass inzwischen schon ein Jahr vergangen sei. **Herr Schönemann** antwortete, dass dies mit Problemen bei der Mittelbeschaffung verbunden sein könne.

Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts, wies darauf hin, dass der Beginn für die Baumfällarbeiten vor dem Stadtratsbeschluss liegen müsse, da es eine sehr enge Zeitfolge gebe.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

5.2.3 Sachstand Ostrandstraße

Herr Meister, Amtsleiter des Bauordnungsamtes, informierte darüber, dass das Tiefbauamt den Ausschussmitgliedern Unterlagen bezüglich des Verkehrsentwicklungsplans zur Verfügung gestellt hat und dass die Ergebnisse daraus maßgeblich für die weitere Bearbeitung der Ostrandstraße seien. Es bestehe die Option einer gemeinsamen Erörterung. An den Ergebnissen dieser solle dann das weitere Vorgehen bei dem Projekt Ostrandstraße abgeleitet werden. Bis zu diesem Zeitpunkt werde das Projekt nicht weiter bearbeitet.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, sagte, dass es eine Veranstaltung geben solle, in der alle Akteure fachlich und sachlich auf die Diskussion vorbereitet werden sollen und sich somit in die Diskussion einbringen können. Als Vorläufer für eine Entscheidungsfindung sei diese Veranstaltung wichtig.

Herr Adamek, CDU Dessau-Roßlau, bemerkte, dass seine Fraktion nach wie vor die Notwendigkeit einer Umgehungsstraße zwischen den Ortsteilen Nord und Ost sehe. Er bat darum, dass diese erörternde Veranstaltung innerhalb der nächsten 4 vier Wochen durchgeführt werde, da er denke, dass dies Einfluss auf die Haushaltsplanung habe. **Herr Meister** sagte, dass dies möglich sei. **Herr Adamek** betonte den großen und problematischen Verkehrsfluss in Dessau Nord. **Herr**

Tschammer, SPD-Fraktion, wies ergänzend darauf hin, dass auch die Innenstadt weiter mit dem Schwerlastverkehr belastet werde. Er sehe nach wie vor ebenfalls die Erforderlichkeit einer Umgehungsstraße. Seine Fraktion sei weiterhin für den zeitnahen Straßenbau dieses Projektes. Er sehe ebenfalls eine Diskussionsveranstaltung für zeitlich dringend erforderlich.

Herr Meier, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, merke an, dass genau kommuniziert werden müsse, wie hoch das Verkehrsaufkommen in der Innenstadt werden soll. Seine Fraktion möchte separat zu der möglichen Veranstaltung jemanden in den Ausschuss einladen. Es sei wichtig, dass alle beteiligten Akteure in einer Veranstaltung fachlich und sachlich die Problematik erörtern und am Ende der Diskussion ein Ergebnis stehe müsse. **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, führte aus, dass seine Fraktion ebenfalls von dem Bau der Straße überzeugt sei. Er beschrieb beispielhaft das hohe Verkehrsaufkommen in der Karlstraße und dass er an einem Tag festgestellt habe, dass dort auch viele Fahrzeuge mit Kennzeichen der umliegenden Landkreise fuhren. Durch die Ostrandstraße würde die Karlstraße entlastet werden. **Herr Schönemann** sagte, dass seine Fraktion Die Linke ebenfalls keine andere Position vertrete als die aktuelle Beschlusslage sei. Als Realisten müsse man sich aber auch den Fakten der aktuellen Sachlage stellen. Am Ende der Diskussion müsse das Machbare und Vertretbare übrig bleiben. Aufwand und Nutzen müssten beachtet werden und dazu seien die Stadt und die Vertreter der Politik der Bevölkerung gegenüber verpflichtet. Trotzdem sei er nach jetziger Beschlusslage für den Ringschluss. Es müsse aber auch über Alternativen gesprochen und diese entsprechend fachlich für eine Lösung betrachtet werden.

Herr Otto sagte, dass die Überlegungen der Umgehungsstraßen nicht von ihm stammen, sondern bereits lange davor kommuniziert wurden, aber dass der Vorteil der Stadt sei, dass die Straßen innenstadtnah geführt werden und die Bürger so trotzdem schnell in das Zentrum kämen. Er sehe die Gefahr, dass die Leute zukünftig im Innenstadtbereich weiter stecken blieben im Verkehr und die Einkaufszentren nicht mehr erreichen würden, da mit dem Bau der B6N bis zur A9 der Westverkehr später schneller zum Saalepark fahre. Alle Einkaufszentren wären damit gefährdet. Es solle alles getan werden, damit die Autofahrer ohne Stau in die Innenstadt fahren könnten.

Herr Adamek verwies auf die Beschlussvorlage der Ostrandstraße des Jahrs 2008 und stellte fest, dass der Stand sich seit dem nicht signifikant verändert habe. Zur Weiterentwicklung solle der Ringschluss baldig beendet werden. **Herr Schönemann** sagte, dass diese Standpunkte mit in die Sondierungsrunde genommen werden. In der ersten Runde sehe er aber noch keine zwingende Beteiligung der Öffentlichkeit als notwendig. Es müsse ein Fakten- und Datenabgleich erfolgen. Im Nachgang werde es dann entsprechende Stellungnahmen der Fraktionen in den Ausschüssen geben. Der Abgleich müsse auf Fakten und nicht auf Emotionen beruhen.

Herr Meister, Amtsleiter des Bauordnungsamtes, informierte darüber, dass das Tiefbauamt den Ausschussmitgliedern Unterlagen bezüglich des Verkehrsentwicklungsplans zur Verfügung gestellt hat und dass die Ergebnisse daraus maßgeblich für die weitere Bearbeitung der Ostrandstraße seien. Es bestehe die Option einer gemeinsamen Erörterung. An den Ergebnissen dieser solle dann das weitere Vorgehen bei dem Projekt Ostrandstraße abgeleitet werden. Bis zu diesem Zeitpunkt werde das Projekt nicht weiter bearbeitet.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, sagte, dass es eine Veranstaltung geben solle, in der alle Akteure fachlich und sachlich auf die Diskussion vorbereitet werden sollen und sich somit in die Diskussion einbringen können. Als Vorläufer für eine Entscheidungsfindung sei diese Veranstaltung wichtig.

Herr Adamek, CDU Dessau-Roßlau, bemerkte, dass seine Fraktion nach wie vor die Notwendigkeit einer Umgehungsstraße zwischen den Ortsteilen Nord und Ost sehe. Er bat darum, dass diese erörternde Veranstaltung innerhalb der nächsten 4 vier Wochen durchgeführt werde, da er denke, dass dies Einfluss auf die Haushaltsplanung habe. **Herr Meister** sagte, dass dies möglich sei. **Herr Adamek** betonte den großen und problematischen Verkehrsfluss in Dessau Nord. **Herr Tschammer, SPD-Fraktion**, wies ergänzend darauf hin, dass auch die Innenstadt weiter mit dem

Schwerlastverkehr belastet werde. Er sehe nach wie vor ebenfalls die Erforderlichkeit einer Umgehungsstraße. Seine Fraktion sei weiterhin für den zeitnahen Straßenbau dieses Projektes. Er sehe ebenfalls eine Diskussionsveranstaltung für zeitlich dringend erforderlich.

Herr Meier, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, merke an, dass genau kommuniziert werden müsse, wie hoch das Verkehrsaufkommen in der Innenstadt werden soll. Seine Fraktion möchte separat zu der möglichen Veranstaltung jemanden in den Ausschuss einladen. Es sei wichtig, dass alle beteiligten Akteure in einer Veranstaltung fachlich und sachlich die Problematik erörtern und am Ende der Diskussion ein Ergebnis stehe müsse. **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, führte aus, dass seine Fraktion ebenfalls von dem Bau der Straße überzeugt sei. Er beschrieb beispielhaft das hohe Verkehrsaufkommen in der Karlstraße und dass er an einem Tag festgestellt habe, dass dort auch viele Fahrzeuge mit Kennzeichen der umliegenden Landkreise fuhren. Durch die Ostrandstraße würde die Karlstraße entlastet werden. **Herr Schönemann** sagte, dass seine Fraktion Die Linke ebenfalls keine andere Position vertrete als die aktuelle Beschlusslage sei. Als Realisten müsse man sich aber auch den Fakten der aktuellen Sachlage stellen. Am Ende der Diskussion müsse das Machbare und Vertretbare übrig bleiben. Aufwand und Nutzen müssten beachtet werden und dazu seien die Stadt und die Vertreter der Politik der Bevölkerung gegenüber verpflichtet. Trotzdem sei er nach jetziger Beschlusslage für den Ringschluss. Es müsse aber auch über Alternativen gesprochen und diese entsprechend fachlich für eine Lösung betrachtet werden.

Herr Otto sagte, dass die Überlegungen der Umgehungsstraßen nicht von ihm stammen, sondern bereits lange davor kommuniziert wurden, aber dass der Vorteil der Stadt sei, dass die Straßen innenstadtnah geführt werden und die Bürger so trotzdem schnell in das Zentrum kämen. Er sehe die Gefahr, dass die Leute zukünftig im Innenstadtbereich weiter stecken blieben im Verkehr und die Einkaufszentren nicht mehr erreichen würden, da mit dem Bau der B6N bis zur A9 der Westverkehr später schneller zum Saalepark fahre. Alle Einkaufszentren wären damit gefährdet. Es solle alles getan werden, damit die Autofahrer ohne Stau in die Innenstadt fahren könnten.

Herr Adamek verwies auf die Beschlussvorlage der Ostrandstraße des Jahrs 2008 und stellte fest, dass der Stand sich seit dem nicht signifikant verändert habe. Zur Weiterentwicklung solle der Ringschluss baldig beendet werden. **Herr Schönemann** sagte, dass diese Standpunkte mit in die Sondierungsrunde genommen werden. In der ersten Runde sehe er aber noch keine zwingende Beteiligung der Öffentlichkeit als notwendig. Es müsse ein Fakten- und Datenabgleich erfolgen. Im Nachgang werde es dann entsprechende Stellungsnamen der Fraktionen in den Ausschüssen geben. Der Abgleich müsse auf Fakten und nicht auf Emotionen beruhen.

5.2.4 Sachstand Ersatzneubau Schwimmhalle

Frau Seelmann, Abteilungsleiterin Investbaumaßnahmen, informierte darüber, dass derzeit das Kellergeschoss betoniert werde und das Becken bereits vor Heiligabend 2016 fertig gestellt wurde. Derzeit gebe es 6 Ausschreibungen und weitere 10 sollen noch ausgeschrieben werden. Kostenmäßig liege das Projekt derzeitig 0,6 Prozent über der Kalkulation, dies sei aber nur eine Momentaufnahme.

5.2.5 Sonstige Informationen des Dezernates für Stadtentwicklung und Umwelt

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

5.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Tschammer, SPD, sagte, dass der Oberbürgermeister in der Neujahrsansprache von einer Ertüchtigung der Ferdinand-von-Schill-Straße und Wolfgangstraße im Jahr 2017 gesprochen habe. Er fragte, was dort geplant sei. **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, antwortete, dass die Kreuzung Wolfgangstraße mit dem Albrechtsplatz als Kreisverkehr ausgebildet werden soll und die Ferdinand-von-Schill-Straße soll grundsaniert werden. Es wurden Fördermittelanträge gestellt. **Herr Tschammer** fragte, ob dies so geplant sei, wie es einmal in der Zeitung gestanden habe. **Herr Pfefferkorn** verneinte dies, mit dem Hinweis darauf, dass es erstmal nur um den reinen Verkehrsknotenpunkt ginge. **Herr Schöнемann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt**, sagte dass die Realisierung in 2017 sicher eine Erwartungshaltung sei. Er sehe die Maßnahme am Anfang.

Frau Benckenstein, AfD-Fraktion, fragte, wie lange die Baumaßnahmen in der Antoinettenstraße andauern werden. **Frau Jahn, Leiterin des Amts für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste**, antwortete, dass dies wetterabhängig sei. Wenn die Arbeiten wieder begonnen werden können, dann werde der Abschluss in ca. vier Wochen sein.

Herr Tschammer stellte fest, dass der Oberbürgermeister berichtet habe, dass Vergaben für 8,5 Mio. Euro erfolgt seien und davon 1,2 Mio. Euro an Dessauer Firmen vergeben wurden. Diese 15 Prozent halte er für ungenügend, wenn Arbeit in der Stadt gehalten werden solle.

Herr Schöнемann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, betonte, dass es ähnliche Erfahrungen bei der Stadtschwimmbad gegeben habe und manchmal bei einem Wettbewerb wenig Luft sei. **Frau Seelmann**, ergänzte, dass 80 Prozent europaweit und 20 Prozent bundesweit ausgeschrieben werden müssen und dass die Chancen für ortsansässige Firmen somit oft schwierig seien.

Herr Schöнемann fragte, welche Aktivitäten es hinsichtlich des B-Plans „Hamburger Straße“ geben solle. Er verwies auf die Interessenslagen, die dort entstehende Kindertagesstätte und die dort langfristig entstehende Wohnbebauung. Er wünsche sich in diesem Zusammenhang eine Präzisierung. Weiterhin fragte **Herr Schöнемann**, ob es Maßnahmen bezüglich des Areals des ehemaligen Güterbahnhofs Roßlau gab und wenn ja welche. Herr Schmidt, **Abteilungsleiter Städtebau und Planungsrecht**, antwortete, dass es einen Eigentümerwechsel gegeben habe und Ende 2016 ein erstes Gespräch durchgeführt wurde. Derzeit erfolge eine Bauzustandsanalyse und diese sei für eine Rentabilitätsbetrachtung wichtig. Er werde anschließend den Kontakt mit der Stadt suchen. **Herr Schöнемann** regte an, dass das Grundstück zukünftig als Bahnhof für die Wörlitzer Eisenbahn genutzt werden könne. Weiterhin sagte er, dass er privat gerne die Patenschaft für einen Brunnen übernehmen würde und regte mögliche Sondierungsgespräche zwischen dem Fachamt und dem lokalem Handwerk an. Er könne sich vorstellen, dass das Problem „Brunnen in der Stadt“ so beseitigt werden könne. Brunnen sind aus seiner Sicht Lebensqualität. **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, fragte nach, ob er einen bestimmten Brunnen meinte. **Herr Schöнемann** antwortete, dass er die Brunnenlandschaft der Stadt insgesamt meine und dass dies ein Problem seit Jahren sei.

Herr Meier, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, fragte, wer für die Sanierung der Skulptur an der Kreuzung Zerbster Straße und Albrechtstraße zuständig ist und wie im allgemeinen mit beschädigten Skulpturen umgegangen werde. Es sei schade, wenn solche Kunstwerke verfielen. **Herr Schöнемann** äußerte, dass dies zukünftig sicher ein Projekt des Kulturausschusses werde. Bauseitig würde er es gerne mit den derzeitigen Ertüchtigungen begleiten lassen und initiieren.

Herr Tschammer, SPD-Fraktion, sagte, dass er diese Anregungen für wichtig halte. Er kenne aus Dresden dass dort Unternehmen auf ihre Kosten Brunnen errichten und betreiben. Dieses Konzept könne man auch auf andere Kunstgüter im öffentlichen Raum übertragen. Bei Vandalismus könne dann schnellere Abhilfe geleistet werden.

6 Beschlussfassungen

6.1 Bebauungsplan Nr. 224 "Wohngebiet an der Wilhelm-Busch-Straße/Aufstellungsbeschluss Vorlage: BV/498/2016/III-61

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Um-welt, informierte darüber, dass es zu diesem Thema bereits eine gesonderte Beratung gegeben habe, da es im Zuge der Ertüchtigung eine neue Überplanung geben werde. Der Beschluss zeige die Schrittabfolge die zur Beschlussfassung führen soll. Der Investor sei unzufrieden mit den bisherigen Abläufen. Es könne nicht sein, dass ein Bauwilliger keine Berücksichtigung finde. **Herr Schmidt, Abteilungsleiter Städtebau und Planungsrecht**, informierte darüber, dass das Gespräch mit dem Oberbürgermeister vor Weihnachten 2016 stattgefunden habe und eine vertrauensbildende Maßnahme gegenüber dem Investor gewesen sei. Die Beschlussvorlage wurde daraufhin erarbeitet. Für die Erschließung sei ein B-Planverfahren erforderlich. Die Beteiligung erfolgt zweistufig: Es wird deshalb eine frühzeitige Behörden- und Bürgerbeteiligung geben. Dafür werde mit dem Investor die Grundlagenermittlung durchgeführt. Die Stellungnahmen der Trägerbeteiligung werden ausgewertet und fließen in den formellen Entwurf ein. Dieser sei maßgebend für die Baurechtsschaffung und Freigabe der Erschließungsarbeiten. Die Verwaltung sei zuständig für die Einhaltung der formalen Schritte und für die Wahrung der Sitzungsreihenfolge. Die Termine dafür sind im Sitzungskalender vorgegeben. Es sei Aufgabe des Investors abgestimmte Unterlagen mit der Verwaltung zu erarbeiten. Nach gegenwärtigen Grobschätzungen gehe er davon aus, dass es vermutlich im August oder September 2018 zu einer beschlussreifen Unterlage kommen wird.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, fragte ob prozessbeschleunigende Maßnahmen möglich seien. **Herr Schmidt** sagte, dass dies möglich wäre, wenn die Sitzungsreihenfolgen beschleunigt würden. Eine ordentliche Kartierung sei aber zwingend notwendig. Mit den Umweltbehörden solle es frühzeitig einen Abstimmungstermin geben.

Herr Schönemann fragte, wie die weitere Kontaktbeibehaltung zum Investor gehandhabt werde. **Herr Schmidt** erwiderte, dass die nächsten Schritte die Ausarbeitung des Leistungskataloges und die konkrete Aufgabenstellungen des B-Plans seien. Weitere enge telefonische Abstimmungen fänden derzeit mit dem Investor statt.

Herr Schönemann betonte, dass es zwingend nötig sei, diesen städtebaulichen Missstand korrekt zu lösen. Er fragte weiter, wie der aktuelle Stand der Oberflächenentwässerung sei. **Herr Schmidt** antwortete, dass dies neben dem eigentlichen Bauleitplanverfahren im Abstimmungsprozess ist. Er könne noch nichts konkret sagen, weil die weiteren Schritte noch in Vorbereitung sind. **Herr Schönemann** ergänzte, dass nach jetziger Lesart, die Kooperation zwischen Investor und der DESWA keinen rechtlichen Widerspruch darstellt.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die Vorlage wurde ungeändert beschlossen.

Herr Tschammer war zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.

6.2 Haushaltssatzung 2017, Haushaltsplan 2017, Stellenplan 2017 Vorlage: BV/475/2016/II-20

Frau Nußbeck, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Finanzen, informierte darüber, dass der Investitionsplan 51,3 Millionen Euro enthalte für das Jahr 2017. Im Vergleich zu 2016 sei dies eine Erhöhung um 13 Millionen. Der Haushaltsentwurf enthalte erstmalig seit 2003 eine Kreditaufnahme. Die Verschuldung bis 2022 solle auf 19 Millionen Euro planmäßig zurückgeführt werden. Der Haushalt sei über den Pflichtzeitraum hinaus kalkuliert, da die finanziellen Aspekte der Landesgartenschau (LAGA) vollständig im Investitionsplan, mit den Folgekosten und den Auswirkungen im Ergebnishaushalt abgebildet wurden. Das größte Risiko des Haushaltes sei die Fördermittelbewilligung. 34 Millionen Euro sind Fördermittel. Sollten diese nicht gewährt werden, sind die damit verbundenen Maßnahmen in der Regel nicht umsetzbar und nicht finanzierbar. Die LAGA habe im Finanzplan einen Umfang von 55 Mio. Euro. Dieser Betrag setze sich aus 11 Millionen Euro Eigenmittel und Fördermitteln zusammen. Das Land werde die Entscheidung über den Austragungsort auch auf Grundlage des Finanzierungskonzeptes treffen.

Frau Jahn, Leiterin des Amts für Stadtentwicklung, Denkmalpflege und Geodienste, führte aus, dass in fünf Produkten gearbeitet werde. Im Bereich der Bauleitplanung und der sonstigen Planung der Stadtentwicklung seien Gelder verankert, die für die Bauleitplanung der Anpassung der Gewerbegebiete Ost und West und im Gewerbegebiet Mitte verwendet werden. Die große Aufgabe sei der Flächennutzungsplan, sowie der Gewerbe- und Wohnraumentwicklungsplan, in welchen u.a. die Flächen der Landesgartenschau enthalten seien. Das Produkt des besonderen Städtebaurechts enthalte Mittel die mit der Städtebauförderung und dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) im Zusammenhang stünden. Aus der Informationsvorlage aus dem Jahr 2016 läge seit 19.12.2016 die Bewilligung vor. Gelder sollen z.B. bei Maßnahmen bezüglich der Kavallerstraße und der Antoinettenstraße verwendet werden. Aus der Förderung der sozialen Stadt gibt es einen Zuschuss für die Umgestaltung der Hobuschgasse 1. In den Produkten Denkmalschutz und Vermessung seien keine investiven Maßnahmen geplant. In dem Produkt Herstellung und Pflege des öffentlichen Grüns seien viele Maßnahmen der LAGA einschließlich des Wettbewerbes enthalten.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, fragte, wie sich die Situation bezüglich des Stellenbesetzungsplans darstelle. **Frau Jahn** antwortete, dass der Bereich des besonderen Städtebaurechts in diesem Zusammenhang auf Grund des Ausscheidens einer Mitarbeiterin organisatorisch zu überdenken sei. Im Bereich der Bauleitplanung werde eine zusätzliche Arbeitskraft benötigt. In diesem Zusammenhang soll es ein Gespräch mit Frau Erleben, Leiterin des Haupt- und Personalamtes, geben.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, informierte darüber, dass das Dezernat III insgesamt mit dem aktuellen Stand des Haushaltes sehr zufrieden sei. Die Haushaltsaufstellung verlief konstruktiv und die Vergabe der finanziellen Mittel sei gut verlaufen. Sie sehe das Dezernat und die Fachämter so aufgestellt, dass sie in der Lage sind die Fördermittel auch entsprechend umzusetzen. Die Mittelumsetzung werde zum jetzigen Zeitpunkt organisiert werden.

Frau Nußbeck sagte, dass ein Plan in enger Kommunikation entstanden sei. Es sei möglich ganz schnell auf die möglichen zukünftigen Herausforderungen zu reagieren. Es werden keine Fördermittel zurückgewiesen, da alle Mittel Verwendung finden könnten. Die Fördermittellage dürfte aus ihrer Sicht in den nächsten Jahren schlechter werden und deswegen müssen alle möglichen Fördermittel effizient Verwendung finden.

Herr Meister, Amtsleiter Bauordnungsamt, bestätigte, dass sein Amt mit den Mitteln zufrieden sei. Verwaltungsgebühren und Verwaltungskosten seien aus seiner Sicht in Ordnung.

Frau Seelmann, Abteilungsleiterin Investbaumaßnahmen des Amtes für Zentrales Gebäudemangement, informierte, dass auch ihre Abteilung viele Mittel aus dem Haushaltsplan erhalten habe und nun viel aus dem Ergebnishaushalt umzusetzen sei. Für den Betrieb der Gebäude und den baulichen Unterhalt gebe es hohe Kosten. Für die erforderlichen Abrissmaßnahmen des Südflügels des Schlossplatzes 4 und 5 wurden Fördermittel beantragt. Für die Sanierung des Rathausaltbaudaches wurden 381.000 Euro veranschlagt. Das sei die Fortführung der Fassadensanierung. Die Sanierung beziehe sich besonders auf den Rathauturm. Es gäbe aber auch eine Kostenstelle für die Sanierung des Rathauses im Innenbereich. Bei dem Abbruch der Schade-Brauerei sollen unterirdische Restleistungen umgesetzt werden. Für die Sanierung der Tempelhofer Straße solle die Vorplanung bis zur Vorlage einer Kostenschätzung erfolgen. Nach dieser werde entschieden, ob bis zum 15. Mai ein Fördermittelantrag über STARK III gestellt wird. Ähnliches gelte für die Sporthalle Meinsdorf in der ELER Förderung Ende Juni. Bei weiteren Objekten gelte es abzuwarten, wie die Fördermittelanträge beschieden werden, bevor die Planung weitergehe. Für den Neubau der Zweifelhalle im Gropius Gymnasium soll ein Antrag auf Sportförderung bis Mitte des Jahres gestellt werden. Die Mittel für die Ausschreibungen der Oberflächenbehandlungen der Decken und Wände des Schloss Georgium wurde bewilligt. Ein großes Problem sei die Fortführung des 4. und 5. Bauabschnittes. Der Bund werde 3 Millionen zur Verfügung stellen. Momentan liefen Verhandlungen bezüglich der Finanzierung mit dem Land und der Kommune. Bei der energetischen Sanierung der wissenschaftlichen Bibliothek wurde im Januar ein Antrag auf EU Förderung gestellt. Die Fenster- und Terrassensanierung könne nicht im Verlauf der gesicherten Fassadensanierung des Kornhauses geschehen. **Herr Schönemann** verwies in dem Zusammenhang mit dem Beschluss vom 07.12.2016, darauf, dass er sich wünsche, dass Projekte die mit dem Bauhausjubiläum im Zusammenhang stehen entsprechend gekennzeichnet werden. Viele Bau- und Investitionsmaßnahmen könnten so in dem Konzept verankert werden.

Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts, informierte, dass Schwerpunkte der Haushaltsplanung die Bauausführung der Kavallerstraße einschließlich der Anbindung Bauhausmuseum sind. Insgesamt seien dies 2,9 Millionen Euro. Für den Bau der Brücke Brambach sollen 750.000 Euro investiert werden. An der Friedensbrücke seien 4 Million Euro geplant. Für die LAGA – Grünbrücke wurden 900 tausend Euro im Haushalt veranschlagt. Es gebe außerdem ein großes Programm an Wasserbaumaßnahmen von ca. 1 Millionen Euro, sowie den Hafen und die DHW Anbindung für 7,8 Millionen Euro. Insgesamt gibt es eine Investitionssumme von 22,43 Millionen Euro und somit etwa eine Verdoppelung zu den Vorjahren. Es müsse eine Anpassung der personellen und strukturellen Kapazitäten erfolgen. Es gäbe eine entsprechende Strategie. Das Hauptproblem bei der Fördermittelbeantragung sei es, dass sich Baugenehmigungsverfahren bundesweit erheblich verlängert haben. Das Tiefbauamt sei bei der Bewältigung der kommenden Herausforderung eng mit den anderen Ämtern in Zusammenarbeit. Im Ergebnishaushalt werde das Niveau des Unterhalts von Straßen gleich dem Vorjahr bleiben. Auch Rad- und Fußwege fänden entsprechend ihrer Bedeutung Beachtung.

Frau Benckenstein verließ um 19:25 Uhr die Sitzung.

Frau Dr. Kessler, Leiterin des Amtes für Umwelt- und Naturschutz, informierte darüber, dass in ihrem Amt 23 Mitarbeiter und oft auch Praktikanten beschäftigt wären. Sie hätten keinen Finanzhaushalt. Die Einnahmen und Ausgaben seien im Ergebnishaushalt ersichtlich unter dem Produkt Umweltschutzmaßnahmen, da nur im übertragenen Wirkungskreis gearbeitet werde. Kostenfaktoren seien z.B. Schutzwürdigkeitsgutachten oder Pflegemaßnahmen. Dieses Jahr sind die Lärmkartierung und die Lärmaktionsplanung Bestandteil. Das Amt sieht sich in der Lage seine Aufgaben zu erfüllen.

Herr Schönemann regte an, dass man sich bei dem weiteren Entscheidungsprozess am besten an der aus den Einzelplänen erstellten Prioritätenliste orientiere. Es gebe so eine saubere Methodik in der weiteren Diskussion.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die Vorlage wurde ungeändert beschlossen.

6.3 Haushaltskonsolidierungskonzept 2017 und Folgejahre
Vorlage: BV/473/2016/II-20

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die Vorlage wurde ungeändert beschlossen.

6.4 Neufassung der Abfallentsorgungssatzung der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/436/2016/III-83

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, verwies darauf, wie problematisch die Reißfestigkeit der gelben Säcke sei. Bei stürmischem Wetter würden diese sehr schnell kaputt gehen. Das Konzept solle überdacht werden.

Herr Tschammer, SPD-Fraktion, merkte an, dass dies besonders in Dessau Nord auftrete und in der Stadtmitte. Die Säcke liegen dort lose vor den Häusern. Das Konzept wirke hingegen in den meisten Stadtteilen richtig. Es sei ein entschiedener Gegner dort eine gelbe Tonne hinzustellen, da dies mit Platzproblemen verbunden sei. Für den Innenstadtbereich könne er sich eine Containerlösung vorstellen. **Herr Otto** erwiderte, dass durch den Stadtpflegebetrieb in den Ortschaftsräten eine Befragung stattfinden solle. In den Außenbezirken sei problematisch, dass die Wildtiere die Säcke zernagen. Er schlug eine Befragung der Bevölkerung vor.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, fasste zusammen, dass unterschiedliche Ansichten zu dieser Problematik existieren. Als Aufgabenstellung sehe er aber, dass es möglich sein müsse, eine Systemlösung zu finden. Er würde diese Problematik auch in dem Betriebsausschuss des Eigenbetriebs Stadtpflege kommunizieren und diskutieren. Am Ende müsse eine einvernehmliche und der Stadt dienliche Lösung gefunden werden. Sie müsse bezahlbar und leistbar sein.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die Vorlage wurde ungeändert beschlossen.

6.5 Verkehrsbefragung "Mobilität in Städten - SrV 2018"
Vorlage: BV/437/2016/III-66

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die Vorlage wurde ungeändert beschlossen.

6.6 Konzept für die Werbung auf öffentlichen Flächen der Stadt Dessau-Roßlau Vorlage: BV/325/2016/III-66

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, informierte, dass in der Vorlage darauf geachtet wurde, dass Gewerbetreibende und Wirtschaftsunternehmen Werbung an Kandelabern machen könnten. Diese Art der Werbung sei kostenpflichtig. Ankündigungen für kirchliche, kulturelle, sportliche und ähnliche Veranstaltungen, insbesondere die für das Zusammenleben in der Stadt und deren Ortschaften von wesentlicher Bedeutung sind, sollen auch künftig kostenfrei sein. Das vorübergehende Anbringen von Plakatafeln an Lichtmasten an örtlichen und überörtlichen Hauptverkehrsstraßen sei ausnahmsweise gestattet. Das ganze unter der Voraussetzung des Umstandes, dass es auch einen Verantwortlichen für die Entfernung der Plakate gibt. Diese Änderungen könnten dem Stadtrat als abschließende Ergänzung für den Beschluss des Werbekonzepts vorgelegt werden.

Herr Tschammer, SPD-Fraktion, merkte an, dass man in der Vorlage beachten solle, dass das Grundsätzliche nicht das Ausschließliche sei. Das Wort grundsätzlich müsse in ausschließlich geändert werden. **Frau Schlonski** sicherte eine Prüfung zu.

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, bekräftigte, dass die Intension von der Verwaltung aufgenommen wurde. Die Intension schränke die Aktivitäten der Vereine, Initiativen und sonstiges nicht ein.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, fragte, wie die Regelungen für Zirkuswerbung seien. **Herr Pfefferkorn, Leiter des Tiefbauamts**, antwortete, dass für diesen Fall noch eine Lösung gesucht werde. Bis auf weiteres werde in Absprache mit dem Stadtordnungsamt das bisherige Vorgehen geduldet. Eine Überlegung wäre es, dies im Sinne einer Kulturveranstaltung zu bewerten.

Herr Otto betonte, dass es wichtig sei, dass der Stadtordnungsdienst abgelaufene Plakate entfernen ließe. **Frau Schlonski** erwiderte, dass es durch die Beantragung möglich sei, den Beantragenden nach Ablauf der Genehmigung zum Entfernen der Plakate aufzufordern.

Herr Otto fragte, wer Platzhalter herstelle und anbrächte, wenn einmal keine Werbung vorhanden sei. Er wolle wissen wer die Kosten trage. **Herr Pfefferkorn** antwortete, dass der Werbepartner das im Rahmen des Vertrages leisten werde. **Herr Schönemann** ergänzte, dass es dafür spezielle Anbieter geben würde und der Bereich Zirkuswerbung als Kulturbereich gesehen werden solle.

Abstimmungsergebnis:

7 : 0 : 0

Die Vorlage wurde ungeändert beschlossen.

6.7 7. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Dessau - Weiterentwicklung des zentralen Versorgungsbereichs am Standort des ehemaligen Schlachthofs Dessau-Nord/Billigungs- und Auslegungsbeschluss Vorlage: BV/470/2016/III-61

Herr Schmidt, Abteilungsleiter, Städtebau und Planungsrecht, berichtete, dass der Stadtbezirksbeirat Nord durch ihn über die Historie informiert wurde. Im Stadtbezirksbeirat wurde die Frage gestellt, wie mit leerstehenden Handelsflächen umgegangen werden solle. Dieses Problem berühre die Verwaltung immer wieder. Auf der einen Seite sei man dem Nahversorgungsauftrag verpflichtet und auf der anderen Seite bestehe Leerstand bei den Handelsflächen. Aus diesem

Grund sei das Ergebnis im Stadtbezirksbeirat auch nicht einstimmig beschlossen worden. In einem weiteren Schritt werde er den Bauausschussmitgliedern den B-Plan vorstellen. Aus dem Gutachten sei ersichtlich, dass der Drogeriefachmarkt aus Sicht des Gutachters nicht zu empfehlen sei, da es bereits weitere große Märkte dieser Art gebe. Es solle an dieser Stelle lieber die Nahversorgung an dem Stand gesichert werden. Die Lösung könne ein Lebensmittelmarkt mit Drogerieabteilung sein. Mit dem Flächennutzungsplan könne ein zeitlicher Vorlauf geschaffen werden und im B-Plan die Inhalte konkretisiert werden.

Herr Schönmann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Umwelt, betonte, dass er diese Verfahrensvariante begrüße, da der Investor bereits viel Geduld gezeigt habe und durch den Flächenkauf auch schon in Verantwortung gegangen sei.

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, kritisierte den Aufbau der Vorlage. Das wichtigste Ergebnis sei erst am Ende der Vorlage ersichtlich. Er erwarte eine bessere gedankliche Führung seitens der Verwaltung. Er habe dem gesamten Verfahren nur zugestimmt, da er davon ausgegangen sei, dass der Erhalt des Marktes in der Goethestraße vertraglich mit dem Investor abgesichert sei. In der Vorlage stehe aber, dass man darauf hoffe. Dies sei ein Grund für ihn nicht zuzustimmen. **Herr Schönmann** antwortete, dass seiner Kenntnis nach dies auch vertraglich verbrieft sei. **Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt**, sagte, dass sie sich derzeit auf der Ebene des Flächennutzungsplanes befinden und dass auf dieser noch nicht alles detailliert dargestellt werde. Solche Detailfragen könnten im B-Planverfahren diskutiert werden. **Herr Otto** sagte, dass er dies nicht so akzeptieren könne, da dieser Standort durchaus umstritten sei. **Herr Schmidt** schloss sich den Worten von Frau Schlonski an, dass der Flächennutzungsplan die vorbereitende Bauleitplanung festlege. Um die Beschlüsse des Zentrenkonzepts umzusetzen, müsse die Verwaltung den B-Plan anpassen. Es müsse geprüft werden, ob er sich aus dem Flächennutzungsplan entwickelt habe. Auf dieser Ebene gehe es nicht um Verkaufsflächen, nicht um Sortimente, nicht um Betriebsgrößen, sondern um die politische Aussage der Stadtentwicklung, dass sich an dem Standort großflächiger Einzelhandel etablieren will, mit einem Nahversorgungsauftrag. Die inhaltliche Ausgestaltung erfolge mit dem B-Plan. Die Vorstellung dieses Plans solle dann auch entsprechend detailliert erfolgen.

Herr Otto betonte, dass sich ihm die Frage des Erhalts des Supermarktes immer noch stelle und er bisher keine Antwort bekommen habe. **Herr Schmidt** betonte, dass die Planer derzeit den Ersatzneubau dieses Objektes vorbereiten. **Herr Schönmann** hob hervor, dass der Investor dies in diesem Bereich in Auftrag gegeben habe. Die Stadt habe mit diesem Investor bereits in Roßlau sehr positive Erfahrungen gemacht.

Herr Meier, Fraktion Liberales Bürger-Forum/Die Grünen, sagte, dass auch seine Fraktion Bedenken habe. Man müsse beachten, dass es zu viele Einzelhandelsflächen in der Stadt gäbe. Es müsse darauf geachtet werden, dass der kritische Punkt bei diesen Supermärkten und Drogeriemärkten nicht überschritten werde. Es sei eine sehr sensible Angelegenheit. Auch der Bevölkerungsrückgang müsse beachtet werden.

Herr Schönmann betonte, dass die konzeptionelle Problematik der Bündelung von Angebotskonstellationen existenziell sei. Reine Elektronikanbieter ohne Lebensmittelsortimente haben heute schon erhebliche Probleme sich in der Innenstadt zu halten. Es müsse genau geprüft werden, was man miteinander bündele.

Herr Tschammer, SPD-Fraktion, merkte an, dass man den Einwohnern etwas bieten müsse, damit sie nicht abwandern bzw. damit sie sich neu ansiedeln. Die Umsetzung der Beschlüsse bedürfe keiner weiteren Prüfung.

Herr Schönmann betonte, dass man vorsichtig sein müsse. In diesem Supermarkt sehe er einen Schlussstein im Zuge der sozialen Versorgungsinfrastruktur in diesem Wohngebiet.

Abstimmungsergebnis:

6 : 0 : 1

Die Vorlage wurde ungeändert beschlossen.

Herr Schönemann schloss den öffentlichen Teil der Sitzung.

9 Schließung der Sitzung

Herr Schönemann, Vorsitzender des Ausschusses für Bauwesen, Verkehr und Um-welt,
bedankte sich für die gute Mitwirkung und schloss um 19:05 Uhr die Sitzung.

Dessau-Roßlau, 06.04.17

Ralf Schönemann
Vorsitzender Ausschuss für Bauwesen, Verkehr und Umwelt

Sebastian Böckemann
Schriftführer